

„Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens

Eine wissenschaftliche Konferenz der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
in Zusammenarbeit mit

- dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (Prof. Dr. Martin Sabrow)
- dem Arbeitsbereich Zeitgeschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin (Prof. Dr. Paul Nolte)
- der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Prof. Dr. Axel Schildt)
- dem LabEx EHNE (Ecrire une Histoire Nouvelle de l'Europe), Université Paris Sorbonne (Paris 4) (Prof. Dr. Hélène Miard-Delacroix)

Termin: 19./20. September 2017 (Di./Mi.) anlässlich des 25. Todestages
von Willy Brandt (8. Oktober 1992)

Tagungsort: Leibniz-Gemeinschaft, Chausseestraße 111, 10115 Berlin

Themen, Fragestellungen und Struktur der Konferenz

„Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Dieser Satz aus der ersten Regierungserklärung, die Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Oktober 1969 vor dem Deutschen Bundestag abgab, übt bis heute eine besondere Faszination aus. Bei vielen, die damals das politische Geschehen unmittelbar miterlebt haben, weckt das Zitat Erinnerungen an die Zeit eines großen Aufbruchs in der Bundesrepublik Deutschland.

„Wir wollen mehr Demokratie wagen“ ist zum legendären Leitspruch für die Phase der Reformen und der „Fundamentalliberalisierung“ (Habermas) des westdeutschen Staates im Übergang von den 1960er zu den 1970er Jahren geworden. Demnach wurde die Bundesrepublik in der „Ära Brandt“, so empfanden es viele, moderner, liberaler und weltoffener, wobei insbesondere auf die Erweiterung der Bürgerrechte und die Vermehrung der Chancen zur politischen und sozialen Teilhabe verwiesen wird. Als Beispiele genannt werden dafür häufig die Öffnung des Zugangs zu höherer Bildung für breite Bevölkerungsschichten, mehr Rechte für Frauen, die Ausdehnung der betrieblichen Mitbestimmung, die Humanisierung des Strafrechts sowie das Infragestellen von Verhaltensweisen und Hierarchien, die noch aus obrigkeitlicher Zeit stammten.

Diese Verdienste werden zum einen der Regierung Brandt/Scheel und der sozial-liberalen Koalition zugeschrieben, zum anderen aber auch auf starke Impulse durch die APO und die Studentenrevolte 1968 zurückgeführt. Nicht vergessen werden darf dabei allerdings, dass bereits von der ab Ende 1966 regierenden Großen Koalition wichtige Reformen zur Modernisierung von Staat und Gesellschaft ins Werk gesetzt bzw. auf den Weg gebracht wurden. Überdies begann die Reform der Hochschulen noch früher, nämlich 1964/65. Ebenso sollte die lange Vorgeschichte des Wandels seit den späten 1950er Jahren nicht übersehen werden.

Darüber hinaus ist zu fragen, ob sich nicht wesentliche Teile der Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesse, einschließlich des Wertewandels in der Gesellschaft, erst ab den 1980er Jahren voll entfalteteten und nachhaltig wirksam wurden. Lässt sich das Bild von der „Fundamentalliberalisierung“, die sich vor allem in den Jahren von Willy Brandts Kanzlerschaft vollzogen habe, also überhaupt aufrechterhalten?

Zunächst zurück zum Ausgangspunkt: Was wollte Willy Brandt 1969? In seiner Regierungserklärung sprach er sich für eine Gesellschaft aus, die „mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert“. Demokratie bezog er folglich nicht nur auf den staatlich-politischen Bereich. „Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein“, so Brandt, der dabei nicht zuletzt die Wirtschaft und die Arbeitswelt meinte. Schon ein halbes Jahr zuvor hatte der SPD-Vorsitzende betont, Demokratie sei ein Prinzip, „das alles gesellschaftliche Sein der Menschen beeinflussen und durchdringen“ müsse. Auch Bundespräsident Gustav Heinemann erklärte bei seinem Amtsantritt im Juli 1969, dass „freiheitliche Demokratie das Lebenselement unserer Gesellschaft“ werden müsse, und sprach vom „Drang nach Freiheit von alten Bindungen und nach Mitbestimmung in allen Gemeinschaftsverhältnissen unserer Zeit“.

Doch der Ruf nach der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche stieß damals keineswegs nur auf Zustimmung, sondern provozierte auch heftigen Widerspruch. Schon während Brandts Regierungserklärung empörten sich Abgeordnete der CDU/CSU lautstark über die Schlusspassage, in der der Kanzler verkündete: „Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie. Wir fangen erst richtig an!“ Die Union hörte aus diesen beiden Sätzen den Vorwurf heraus, die Bundesrepublik sei seit 1949 lediglich eine formale, aber keine richtige Demokratie gewesen.

Starker Widerstand gegen die Übertragung des Begriffs der Demokratisierung auf nicht-politische Bereiche kam seinerzeit nicht nur aus der CDU/CSU-Opposition und der Wirtschaft. Im „Bund Freiheit der Wissenschaft“ kämpften konservative, liberale und sozialdemokratische Professoren gemeinsam gegen die „Demokratisierung“ der Universität. Sie lehnten Mitbestimmungsmodelle, insbesondere die „Drittelparität“, vehement ab und verstanden sich als Gegenbewegung gegen die „68er“.

Die diversen K-Gruppen wiederum, die aus der APO und der Studentenrevolte hervorgingen, konnten Brandts „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ aus ideologischen Gründen nichts abgewinnen: Aus ihrer Sicht gab es keine Demokratie, wo „kapitalistische Produktionsverhältnisse“ herrschten und unangetastet blieben. Mit dem so genannten „Radikalenerlass“ zogen Bundeskanzler Brandt und die Ministerpräsidenten der Länder 1972 von Seiten des Staates eine rigorose Trennlinie gegenüber Linksradikalen und Linksextremisten. Unter Verdacht verfassungsfeindlicher Umtriebe konnten dadurch alle geraten, die sich links von oder sogar in der SPD engagierten. Zu fragen ist daher: Standen der Beschluss und seine Umsetzung nicht im Widerspruch zu „Wir wollen mehr Demokratie wagen“?

Manche Hoffnungen, die mit der Regierungserklärung 1969 geweckt worden waren, wurden noch während der Amtszeit Willy Brandts enttäuscht. Vor allem stellte die tiefgreifende ökonomische Zäsur des Jahres 1973 den bis dahin vorherrschenden Fortschritts- und Machbarkeitsglauben in Frage und beendete jäh die Phase der „Reformeuphorie“. Das Ende des Nachkriegsbooms wie auch die Debatten um die

Bedrohung der inneren Sicherheit durch den RAF-Terrorismus und die darauf folgenden harten Antworten des herausgeforderten Staates blieben nicht ohne Auswirkungen auf den Reform- und Demokratisierungsprozess sowie den öffentlichen Diskurs. Angesichts vielfältiger Krisen war nun von der „überforderten Demokratie“ und von „Unregierbarkeit“ die Rede. In den zeitgenössischen Diskussionen wurde darüber hinaus ein Spannungsverhältnis zwischen dem Ausbau von demokratischer Mitbestimmung und sozialer Gerechtigkeit in der Gesellschaft einerseits und den Freiheitsrechten des Individuums andererseits wahrgenommen.

Die Prozesse der „Modernisierung“, „Liberalisierung“ und „Demokratisierung“ von Staat und Gesellschaft waren kein auf die Bundesrepublik beschränktes Phänomen, sondern ein transnationaler Trend in der westlichen Welt, der auch in die Gesellschaften jenseits des „Eisernen Vorhangs“ hineinwirkte. Deshalb soll auch eine vergleichende Perspektive eingenommen werden, um die wechselseitigen Einflüsse innerhalb des Westens sowie zwischen Ost und West berücksichtigen zu können.

Dies ist besonders interessant mit Blick auf die Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements, das im Laufe der 1970er Jahre (in West und Ost) entstand und besonders auf junge Leute anziehend wirkte. Neue soziale Bewegungen kamen auf, die sich – zumeist in erklärter Gegnerschaft zu den etablierten Parteien und politischen Strukturen – die Emanzipation der Frauen, die Wahrung der Menschenrechte, den Schutz der Umwelt, den Kampf gegen Atomkraft und die Hilfe für die „Dritte Welt“ zum Ziel setzten. Zur gleichen Zeit erreichte aber auch das „herkömmliche“ (partei-) politische Engagement in der Bundesrepublik Deutschland einen seither nicht mehr gekannten Höhepunkt.

Welche dieser Entwicklungen war wirklich eine Folge von „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ und welche vermeintliche Wirkung des Satzes ist bloßer Mythos? War es das anhaltende Momentum der „Fundamentalliberalisierung“, das neuartige Formen der politischen Partizipation und neue Handlungsmöglichkeiten in der Zivilgesellschaft hervorbrachte? Oder sind diese viel eher als Reaktionen auf die Zäsur des Jahres 1973 und der postindustriellen/postmodernen Krise zu erklären?

All das bietet mehr als genug Diskussionsstoff für eine zweitägige Konferenz. Für die wissenschaftliche Tagung werden im Folgenden vier Panels (mit drei bis vier Referaten plus jeweils ein Kommentar) und ein Abendvortrag vorgeschlagen sowie die Fragen skizziert, die dabei erörtert werden sollten oder könnten. Nach dem Ende der wissenschaftlichen Konferenz wird sich außerdem eine öffentliche Podiumsdiskussion aktuellen Aspekten des Themas „Mehr Demokratie“ widmen.

Panel 1:

Herkunft und Antriebskräfte – Der Ruf nach „Modernisierung“ und „Demokratisierung“ in den 1950er und 1960er Jahren

- Wer oder was waren seit den 1950er Jahren die Antriebs- und die Gegenkräfte in der Bundesrepublik beim Ruf nach „mehr Demokratie“ bzw. nach „Demokratisierung“ und „Modernisierung“ von Staat und Gesellschaft? Ist die Forderung nach Demokratisierung Teil des Strebens nach Modernisierung der Gesellschaft gewesen? Welche Rolle spielten die Parteien und Politiker (speziell

die SPD und Willy Brandt), die Große Koalition, die APO, die Verbände, die Publizistik und die Bürgerinnen und Bürger in den Debatten? Welche unterschiedlichen Vorstellungen von „Demokratisierung“ und „Modernisierung“ sowie von der Rolle und den Aufgaben von Staat und Gesellschaft gab es und welchen ideellen Wurzeln entsprangen diese? Welches Verständnis vom „Demos“ lagen den Überlegungen zugrunde?

- Gab es einen (wechselseitigen) Transfer von Ideen aus dem Ausland und wer waren dabei die Akteure? Was ist im Unterschied zu anderen westlichen Staaten das spezifisch Bundesdeutsche an der Diskussion in der Bundesrepublik gewesen? Welche Bedeutung hatten das „Wirtschaftswunder“, die restaurative „Ära Adenauer“ und das Schweigen der Väter-Generation über den Krieg, die NS-Diktatur und ihre Verbrechen? Was geht auf die demografische Entwicklung (Stichwort „Babyboomer“) zurück?

Panel 2:

Umsetzung und Grenzen – Die Realität von „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ in der Bundesrepublik 1969–1974

- Stand hinter dem Satz „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ ein konkretes Programm oder war er nur eine verheißungsvoll klingende Formel? Was verstand man unter „mehr Demokratie“? Welche Rolle spielte dabei das Konzept des „Demokratischen Sozialismus“?
- Mit welchen politischen Initiativen, Gesetzen und Maßnahmen versuchte die sozial-liberale Regierung Brandts Versprechen in den verschiedenen Bereichen in Staat und Gesellschaft umzusetzen und wie erfolgreich war sie dabei bis 1974? Inwieweit wurde das von der Große Koalition Begonnene fortgesetzt? Wo ging die sozial-liberale Koalition darüber hinaus? Was wagte sie? Wo blieb sie hinter den selbst gesteckten Zielen zurück? Wie sind die Maßnahmen in der Regierungszeit Willy Brandts zu erklären und zu bewerten, die dem Postulat, mehr Demokratie wagen zu wollen, anscheinend (oder doch nur scheinbar) widersprachen? Zu nennen sind vor allem der „Radikalerlass“ und seine Anwendung, aber auch die Sicherheitsmaßnahmen in Reaktion auf den RAF-Terrorismus.
- Welche politischen und gesellschaftlichen Gruppen und Verbände begrüßten und unterstützten aus welchen Motiven Brandts Versprechen, mehr Demokratie wagen zu wollen? Welche der damit verbundenen Erwartungen wurden erfüllt, welche enttäuscht? Wer waren die Gegner der Forderung, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu demokratisieren? Was waren ihre Motive und Argumente? Traf die Befürchtung von Kritikern ein, dass die Demokratisierung auch nicht-politischer Lebensbereiche Freiheiten und Verantwortlichkeiten Einzelner sowie von Organisationen, Verbänden, Unternehmen und Gruppen einschränken würde? Welche alternativen Demokratisierungsvorstellungen gab es und welche politischen Ordnungsmodelle waren damit verbunden?
- In welcher Beziehung zueinander standen am Ende der 1960er und zu Beginn der 1970er Jahre die Forderung nach mehr Demokratie und die technokratisch

fundierten sowie vom Glauben an die Machbarkeit getriebenen Bestrebungen nach mehr politischer Planung? Welche Spannungen und Widersprüche gab es? Welchen ökonomischen Zwängen sah sich die „Demokratisierungspolitik“ gegenüber und wie entwickelte sich besonders nach der Zäsur 1973 das Verhältnis zwischen den Ansprüchen der Wirtschaft einerseits und den Forderungen nach mehr Demokratie und Mitbestimmung andererseits?

Abendvortrag von Prof. Dr. Martin Sabrow:

„Wir wollen mehr Demokratie wagen“, der Kniefall und „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ – Drei Ikonen Willy Brandts und ihre Bedeutung für die Zeitgeschichte

Panel 3:

Vorreiter oder Nachhut? „Mehr Demokratie wagen“ im internationalen Vergleich

- Wie stehen die bundesdeutschen Demokratisierungsbemühungen zu Beginn der 1970er Jahre im internationalen Vergleich da? Waren sie Teil einer allgemeinen Welle vertiefter Demokratisierung parlamentarisch verfasster Staaten? War die Bundesrepublik Vorreiter oder Nachhut? Oder ging sie gar einen Sonderweg?
 - Welche Demokratisierungs- und Modernisierungsdiskurse fanden Ende der 1960er und in den 1970er Jahren in Skandinavien, Großbritannien, Frankreich und den USA statt und wie wurden sie in der Bundesrepublik rezipiert? Inwieweit beeinflussten die dortigen Liberalisierungs- und Demokratisierungsentwicklungen die Bundesrepublik und umgekehrt?
 - Gibt es ein gemeinsames transnationales (ein transatlantisches oder eher westeuropäisches) Muster der seinerzeitigen Demokratisierungs- und Modernisierungsansätze im Westen? Kann man sie als Resultat des innergesellschaftlichen Wandels aufgrund stetig steigenden wirtschaftlichen Wohlstands, als Übergang zur postmaterialistischen Gesellschaft (Inglehart), bezeichnen?
-

Panel 4:

Folgen und Mythos – Die Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte von „Wir wollen mehr Demokratie wagen“

- Was hat der Zustrom neuer und vor allem junger Mitglieder zu den bundesdeutschen Parteien (insbesondere der SPD) in der ersten Hälfte der 1970er Jahre, was hat vor allem die Entstehung von neuen sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Gruppen sowie die Gründung der Grünen mit dem Postulat „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ zu tun? Waren diese und andere Entwicklungen eine direkte oder indirekte Folge des von Willy Brandt gemachten Versprechens, auf das sich die genannten Akteure berufen haben? Oder ist dies ein schöner Mythos, der andere Wirkungs- und Erklärungszusammenhänge verdeckt?

- Wie haben die Regierenden und die Parteien in der Bundesrepublik auf die vielfältigen Demokratisierungsprozesse reagiert und welche Veränderungen des Politischen wurden dadurch mittel- und langfristig bewirkt? Was ist aus dem Vorhaben und dem Anspruch von „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ in den Zeiten der Kanzler Schmidt, Kohl und Schröder geworden? Was sind die Verbindungs- und was sind die Bruchlinien zwischen dem „sozialdemokratischen Jahrzehnt“ der 1970er Jahre und den Wandlungs- und Liberalisierungsprozessen der 1980er und 1990er Jahren?
- In welchem Verhältnis zueinander stehen die westlichen Demokratisierungsansätze und die Reformen des „Prager Frühlings“ in der Tschechoslowakei 1967/68, die einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ versprachen? Gibt es Gemeinsamkeiten der Konzepte und wechselseitige Beeinflussungen? In welcher Verbindung zueinander stehen „mehr Demokratie“ im Westen, die Festschreibung der Menschen- und Bürgerrechte in der KSZE-Schlussakte und die aufkommenden Bürgerrechtsbewegungen im Osten, insbesondere die Charta 77 in der Tschechoslowakei sowie das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) und Solidarność in Polen?
- Wie wurde die bundesdeutsche „Demokratisierungspolitik“ in der DDR rezipiert – vom SED-Regime auf der einen und den Bürgern auf der anderen Seite? Sind kurz- und langfristige Einflüsse des Satzes „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ und der damit verbundenen Politik auf den ostdeutschen Staat und speziell auf die Oppositionsgruppen und die Bürgerbewegung feststellbar?

Öffentliche Podiumsdiskussion

„Mehr Demokratie wagen“ heute und morgen: Vom Auftrag zum Albtraum der Politik?

Die wissenschaftliche Konferenz will Willy Brandts Ankündigung „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ und dessen Folgen „historisieren“. Am Ende soll in einer öffentlichen Podiumsdiskussion aber auch der Frage nachgegangen werden, welche aktuelle Bedeutung der Satz noch immer hat.

Vorläufiger Ablaufplan für die Konferenz mit den vorgesehenen Teilnehmer/innen und Themen (Arbeitstitel)

Zusagen sind **fett** gedruckt

| | |
|---|---|
| 19. September 2017 | 1. Konferenztag |
| 10.30–11.00 Uhr Begrüßung: Einführung: | Eröffnung Ulrich Schöler Wolfgang Schmidt |
| 11.00–13.15 Uhr Chair: Kommentar: Referat 1: Referat 2: Referat 3: | Panel 1 Herkunft und Antriebskräfte – Der Ruf nach „Modernisierung“ und „Demokratisierung“ in den 1950er und 1960er Jahren Axel Schildt Eckart Conze Kristina Meyer: Die bundesdeutsche Nachkriegsdemokratie und ihre „Vergangenheitsbewältigung“ Jens Hacke: Demokratisierungs- und Modernisierungsprozesse in der BRD der 1950er und 1960er Jahre Alexander Gallus: Nonkonformistische demokratische Stimmen und Strömungen in der Frühphase der BRD |
| 14.45–17.00 Uhr Chair: Kommentar: Referat 1: Referat 2: Referat 3: | Panel 2 Umsetzung und Grenzen – Die Realität von „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ in der Bundesrepublik 1969–1974 Michael Ruck Andreas Rödder Dietmar Süß: Erfolge, Grenzen, Widersprüche von „Mehr Demokratie wagen“ – Eine Bilanz der Praxis 1969–1974 Elke Seefried: Fortschrittsdenken, politische Planung und „Mehr Demokratie wagen“ 1969–1974 Bernhard Gotto: Krise und Enttäuschung in der bundesdeutschen Demokratie während und nach der „Ära Brandt“ |
| 17.30–18.30 Uhr Redner: | Abendvortrag „Wir wollen mehr Demokratie wagen“, der Kniefall und „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ – Drei Ikonen Willy Brandts und ihre Bedeutung für die Zeitgeschichte (vorläufiger Arbeitstitel) Martin Sabrow |

| | |
|--------------------|--|
| 20. September 2017 | 2. Konferenztag |
| 09.00–11.15 Uhr | Panel 3 Vorreiter oder Nachhut? „Mehr Demokratie wagen“ im internationalen Vergleich <i>Chair:</i> Ingrid Gilcher-Holtey <i>Kommentar:</i> Norbert Frei <i>Referat 1:</i> Hélène Miard-Delacroix: Demokratisierung, Modernisierung und Protest in Frankreich und der BRD in den 1960er und 1970er Jahren im Vergleich <i>Referat 2:</i> Philipp Gassert: Demokratisierung, Modernisierung und Protest in den USA und der BRD in den 1960er und 1970er Jahren im Vergleich <i>Referat 3:</i> Martina Steber: Konservative Reaktionen in der BRD und GB auf Demokratisierung und gesellschaftlichen Wandel in den 1960er und 1970er Jahren |
| 11.45–12.45 Uhr | Vortrag "Mehr Diktatur wagen"? Der bundesdeutsche Umgang mit undemokratischen Staaten in den 1970/80er Jahren" <i>Redner:</i> Frank Bösch |
| 14.15–16.30 Uhr | Panel 4 Folgen und Mythos – Die Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte von „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ <i>Chair:</i> Kiran Klaus Patel <i>Kommentar:</i> Andreas Wirsching <i>Referat 1:</i> Knud Andresen: Politisierte Jugendkulturen, neue soziale Bewegungen und „Mehr Demokratie wagen“ 1968-1985 <i>Referat 2:</i> Robert Brier: Wechselseitige Rezeptionen und Wirkungen zwischen den Reform- und Bürgerrechtsbewegungen im Osten (vom „Prager Frühling“ bis „Solidarność“) und den Demokratisierungsbestrebungen im Westen <i>Referat 3:</i> Daniela Münkel: Rezeption und Einflüsse von „Mehr Demokratie wagen“ in der DDR |
| 16.45–17.30 Uhr | Resümee und Schlussdiskussion |
| 18.30–20.00 Uhr | Öffentliche Podiumsdiskussion „Mehr Demokratie wagen“ heute und morgen: Vom Auftrag zum Albtraum der Politik? |

Kontakt:

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d.ö.R.
Dr. Wolfgang Schmidt
Unter den Linden 62–68
10117 Berlin

Tel: 030–78 77 07-12
Fax: 030–78 77 07-50
w.schmidt@willy-brandt.de
www.willy-brandt.de